



Israels Premierminister Benjamin Netanjahu hat sich mit einem umstrittenen Plan durchgesetzt: Wie sein Büro mitteilte, billigte das Sicherheitskabinett am Donnerstag einen Vorschlag des Regierungschefs zur schrittweisen kompletten militärischen Übernahme des Gazastreifens. Der Plan widerspricht der Empfehlung des israelischen Militärs und könnte den fast zweijährigen Krieg in bislang unerforschtes Terrain führen.

Demnach soll das israelische Militär zunächst das Zentrum von Gaza-Stadt einnehmen und in einer späteren Phase in alle zentralen Gebiete des Gazastreifens vordringen – dorthin, wo sich nach Einschätzung des Militärs israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas befinden. Bislang hatte sich das Militär in diesen Gebieten weitgehend zurückgehalten.

Ziel der Operation sei laut Mitteilung ein „entscheidender Sieg über die Hamas“. Gleichzeitig soll die Versorgung der Zivilbevölkerung mit humanitärer Hilfe „außerhalb der Kampfzonen“ sichergestellt werden.

Zeithorizont: Es werde mindestens einige Tage dauern, so die Einschätzung, bis Reservetruppen einberufen, Truppenverlegungen für den Vorstoß nach Gaza-Stadt abgeschlossen und zehntausende palästinensische Zivilisten aus den neuen Kampfzonen evakuiert werden können.

Widerstand gegen den Plan: Das israelische Militär warnt seit Längerem vor einer vollständigen Besetzung des Gazastreifens. Sicherheitsexperten zufolge könnte dies bis zu fünf Jahre andauernde Kampfhandlungen erfordern. Auch Angehörige der Geiseln äußern massive Bedenken – sie befürchten entweder eine Tötung ihrer Liebsten durch die Hamas oder deren versehentlichen Tod durch israelisches Feuer.

Lage vor Ort: Nach Angaben des Militärs hat Israel derzeit etwa 75 Prozent des Gazastreifens unter Kontrolle. Nicht kontrolliert wird insbesondere ein Küstenstreifen, der sich von Gaza-Stadt im Norden bis Khan Younis im Süden zieht. Viele der rund zwei Millionen Palästinenser im Gazastreifen leben inzwischen in Zelten, Notunterkünften oder überfüllten Wohnungen in genau diesen Gebieten.



Trumps neue Zölle versetzen Weltwirtschaft in Unruhe

Mit dem Inkrafttreten umfassender US-Zölle auf Importe aus rund 90 Ländern hat Präsident Donald Trump erneut ein wirtschaftspolitisches Beben ausgelöst. Weltweit bemühen sich Staats- und Regierungschefs um Schadensbegrenzung. Die Maßnahmen, die am Vortag in Kraft traten, dürften nicht nur die Preise für amerikanische Verbraucher steigen lassen, sondern sorgen bereits jetzt für massive Turbulenzen an den Märkten.

Nur wenige US-Handelspartner wurden verschont. Brasilien und Indien kündigten an, gemeinsame Schritte zum Schutz ihrer Volkswirtschaften einzuleiten. In der Schweiz hat das Scheitern einer Einigung mit der US-Regierung in letzter Minute eine neue Debatte darüber entfacht, ob das Land der EU beitreten sollte.

Einige Staaten konnten sich indes Sonderregelungen sichern: Die EU sowie Länder wie Japan, Südkorea und Vietnam handelten Zollvereinbarungen mit Raten zwischen 15 und 20 Prozent aus. Mexiko und China erhielten Aufschub, bevor weitere Strafzölle auf ihre Exporte in Kraft treten.

Der Kreml bestätigt Treffen zwischen Putin und Trump

Der russische Präsident Wladimir Putin wird sich „in den kommenden Tagen“ mit Donald Trump treffen, wie ein hochrangiger Berater des Kremls am Donnerstag bestätigte. Ein konkretes Datum wurde noch nicht genannt. Auch über die Möglichkeit eines trilateralen Treffens mit den Staatschefs der USA, Russlands und der Ukraine wollte sich der Kremlvertreter nicht äußern.

Putin strebt seit Langem ein persönliches Gespräch mit Trump an. Analysten sehen darin vor allem den Versuch Moskaus, geopolitisch Terrain zu gewinnen: Weniger gehe es Russland derzeit um die militärische Kontrolle bestimmter Gebiete, sondern um eine diplomatische Lösung, die zentrale Ziele sichert – etwa die dauerhafte Blockade eines NATO-Beitritts der Ukraine.



WEITERE MELDUNGEN

Waldbrände: In Frankreich kämpfen Hunderte Feuerwehrleute gegen den größten Flächenbrand seit Jahrzehnten. Auch in Kanada wurden Tausende evakuiert, das Militär wurde zur Unterstützung herangezogen.

Kanada: Die Masern breiten sich in der Provinz Alberta derart rasant aus, dass Gesundheitsbehörden von Reisen dorthin abraten.

Philippinen: Der Senat unterbrach das Amtsenthebungsverfahren gegen Vizepräsidentin Sara Duterte.

Großbritannien: Die Regierung hat die gewaltfreie Protestbewegung *Palestine Action* als terroristische Organisation eingestuft.

OpenAI: Das Unternehmen präsentierte mit GPT-5 ein neues Flaggschiff-Modell, das schneller, präziser und weniger anfällig für sogenannte „Halluzinationen“ sei.

Novo Nordisk: Der dänische Pharmahersteller von Ozempic galt lange als Börsenliebling – jetzt ist der Aktienkurs stark gefallen.

Antarktis: Die neuseeländische Luftwaffe hat eine riskante Rettungsmission durchgeführt, um drei Forscher von einer US-Forschungsstation zu evakuieren.

China: Ein virales Video, das ein junges Mädchen zeigt, das von anderen Teenagern brutal misshandelt wird, hat landesweite Proteste und ein hartes Vorgehen der Polizei ausgelöst.

Autor: P. Tiko